

13. Klassengesellschaft im Krieg

1. Die „Diktatur“ der Militärs

In der Forschungsliteratur erscheint das Kaiserreich häufig als militarisierte Gesellschaft, ja als Hort des Militarismus. Im Ersten Weltkrieg habe das Militär dann zunehmend die Macht an sich gerissen, bis schliesslich Ludendorff seine Diktatur errichte und das Reich in den Untergang führte.

An dieser Darstellung der Dinge ist manches nicht so falsch. Aber die Verabsolutierung stimmt nicht. Bei genauerem Hinsehen fallen signifikante Nuancen auf. Vor allem der internationale Vergleich ist auch hier mal wieder sehr aufschlussreich.

Kürzlich haben mich Kollegen überredet, einen Beitrag für die für 2014 geplante dreibändige „Cambridge History of the First World War“ zu schreiben. Das Thema lautete: Civil-Military Relations. Neunzig Seiten sind es geworden, denn ich musste die innenpolitischen Verhältnisse von Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland, Österreich-Ungarn, dem Deutschen Reich, dem Osmanischen Reich, den USA und Japan analysieren. Das Ergebnis war ziemlich überraschend: Überall war während des Ersten Weltkrieges die nach innen gerichtete Unterdrückungspolitik scharf ausgeprägt. Gerade auch in den eher demokratischen Staaten Frankreich, Grossbritannien und besonders in den USA wurden Opposition und Protest mit häufig brutalen Mitteln unterdrückt. Überall (mit Ausnahme der USA) hatten Militärs lange Zeit das Sagen. Verglichen damit waren die Verhältnisse im Deutschen Kaiserreich überraschender Weise eher gemässigt.

Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen übernahmen die Stellvertretenden Generalkommandos, also die in der Heimat verbleibenden Ersatzbehörden der Armee, die Aufsicht über die regionale und lokale Zivilverwaltung. Diese Kommandeure herrschten wie lokale Fürsten über ihr Territorium und waren nur dem Kaiser verantwortlich. Aber ohne die Zusammenarbeit mit den zivilen Stellen waren sie hilflos. Das Resultat war ein administrativer Alptraum, der zu Ineffizienz und zur Verschwendung von Ressourcen führte. Aber der zivile Einfluss blieb bestehen und die Militärs übernahmen nicht einfach die Macht im Lande.

Trotz Mobilmachung, Kriegsrecht, Pressezensur und Beschränkungen bei politischen Betätigungen blieben die bürgerlichen Freiheiten grundsätzlich bestehen und arbeiteten die zivilen Gerichte weiter. Das Kaiserreich blieb auch im Krieg grundsätzlich ein Rechtsstaat.

An der Spitze dieses Staates stand natürlich der Kaiser als Oberster Kriegsherr. Aber er verlor zusehends an Einfluss. Doch blieb ihm das extrem wichtige Machtmittel der Ernennung und Entlassung von Beamten, Diplomaten und Militärs. Die zivile Regierung arbeitete weiter und verfügte durchaus noch an Durchsetzungskraft. Insbesondere Reichskanzler Bethmann Hollweg vermocht wiederholt den überbordenden Machtansprüchen führender Militärs die Stirn zu bieten. So gelang es ihm lange Zeit, den unbeschränkten U-Bootkrieg gegen den wütenden Protest der OHL und der Admiralität zu stoppen.

Der Reichstag, indem die SPD seit 1912 die stärkste Fraktion stellte, wurde nicht etwa aufgelöst sondern gewann im Verlauf des Krieges allmählich an Einfluss und stemmte sich schliesslich sogar gegen die radikalen Pläne Ludendorffs. Im Sommer 1917 etwa verabschiedete die RT-Mehrheit zur Empörung der Generalität eine Resolution, die zu einem Verständigungsfrieden zwischen den Mächten aufrief. Der Krieg ging dennoch weiter.

Das wohl bedeutsamste und kontroverseste Feld, auf dem sich die internen Machtkämpfe während des Krieges abspielten, war das Problem der Mobilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für den Krieg. Denn hierbei ging es um existentielle Grundfragen des politischen und gesellschaftlichen Systems des Kaiserreiches.

Ungeheure Mobilisierung von "Menschenmaterial". Um die 10 Mill. Soldaten = 50% der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren. Verluste: über 1,8 Mill Mann.

Dadurch Abnahme der industriellen Männerarbeit um 25%. Staat ergreift Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels:

- Geringere Einberufung von Industriearbeitern (nur 25%).
- Ermunterung von Frauenarbeit, Zunahme um 52% (1,4 Mill 1914 auf 2,14 Mill 1918).
- Fremdarbeiter:
 - 260.000 Polen
 - 500.000 Russen
 - 150.000 Belgier (davon ab 1917 61.500 Zwangsarbeiter)

Dennoch katastrophaler Rückgang in landwirtschaftlicher Produktion: durchschnittlich um 50%. Zum Teil auch durch Mangel an Düngemitteln (Guano) bewirkt. Obendrein Abschnüren der lebensnotwendigen Lebensmitteleinfuhren.

Außerdem zunehmende Engpässe in Rohstoffversorgung durch Blockade.

Regierung fährt deshalb von vornherein interventionistischen Kurs in Kriegswirtschaft.

Landwirtschaft:

- 1915 Einführung von Lebensmittelkarten
- 1916 Errichtung des Kriegsernährungsamts.

Doch Maßnahmen nur halbherzig, Junkerlobby (BdL) zu stark. Dadurch Preisexplosion bei Lebensmitteln, Knappheit, Schwarzmarkt.

Industrie:

8. August 1914, Walther Rathenau (Chef der AEG) wird trotz antisemitischer Sticheleien einiger Offiziere („zu viele Langnasen im KM“) Leiter der Kriegsrohstoffabteilung beim KM. Ziel: Militarisierung der Wirtschaft). Unter milit. Führung werden nunmehr nicht nur Rohstoffe zugunsten der Kriegsindustrie umverteilt, sondern auch enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gewerkschaften erzielt. Dennoch gerät Kriegsproduktion 1916 in Krise.

8. September 1916, Hauptquartier der Dritten OHL in Cambrai: Nach intensiven Beratung über Engpässe in Kriegsindustrie und unbefriedigende Nachschublage beauftragt Generalquartiermeister Ludendorff Oberst Max Bauer mit der Ankurbelung der Kriegsproduktion. Bauer soll das bombastische „Hindenburgprogramm“, welches Verdoppelung der Munitionsproduktion und Verdreifachung der Waffenproduktion vorsah, verwirklichen.

16. September 1916, Bauer einigt sich mit Schwerindustriellen über utopischen Plan zur Rüstungsproduktion: Steigerung der monatlichen Munitionsproduktion von 6000t auf 16.000t. Bauer übernimmt Leitung des „Wumba“ (Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt) beim KM. Später wird General Wilhelm Groener als Leiter des Kriegsamts Chefkoordinator für gesamte Kriegswirtschaft. Folge: „Kriegssozialismus“. Dieser zeitgenössische Begriff, den auch Lenin aufgriff und der in Historiografie lange verwendet wurde, geht an Realitäten vorbei. Es war keineswegs so, dass das Militär nun die Wirtschaft diktierte. Stattdessen arbeiteten Militärs und Industrielle eng zusammen, wobei Industrielle der Kriegsindustrie durchaus eigene Profitinteressen durchsetzten.

Insgesamt aber ging industrielle Produktion um 40% zurück. Verlierer: Friedensindustrie (teilweise auf Anweisung der Militärs geschlossen). Kriegsindustrie expandierte enorm mit riesigen Gewinnen (genaue Zahlen unbekannt).

Erheblicher Modernisierungsschub durch Rationalisierung und Mechanisierung

infolge von Arbeitskräftemangel.

Stärkung der Großen auf Kosten der Kleinen: Konzentration, Bildung großer Kartelle, Verzahnung mit staatl. und milit. Behörden.

Bauers Bemühungen zur Ankurbelung der Kriegsproduktion hatten aber nur beschränkten Erfolg. Nach wie vor herrschte Munitionsmangel. In der Waffenproduktion traten immer wieder erhebliche Engpässe auf, weshalb auch keine deutschen Panzer gebaut wurden. Der Schiffsbau, vor allem die Produktion von U-Booten, blieb weit unter den Erwartungen. Die Ursachen für diese Probleme waren vielfältiger Natur: Rohstoffmangel, schlechte Koordination und Kompetenzgerangel auf allen Ebenen, sowie Konkurrenzkämpfe in der Privatwirtschaft. Entscheidend aber war der Mangel an Arbeitskräften, der die Ausweitung der Produktion massiv behinderte. Die 3. OHL war daher fest entschlossen, zusätzliche Arbeitskräfte durch das Mittel der Zwangsrekrutierung zu gewinnen. 3 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte sollten in Kriegsindustrie eingesetzt werden.

Im Herbst 1916 lancierte die OHL daher das „Hilfsdienstgesetz“:

- Alle Männer zwischen 17 und 60 für Kriegsanstrengungen zwangsverpflichtet.
- Transferierung von Arbeiten aus „kriegsunwichtigen Betrieben“ in Rüstungsindustrie
- Drastische Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeiter
- Arbeitspflicht für Frauen.

Doch nun zeigte sich, dass Ludendorff keineswegs über diktatorische Macht verfügte. Vielmehr regte sich von verschiedenen Seiten erheblicher Widerstand:

- Reichskanzler Bethmann Hollweg lehnte Zwangsverpflichtung von Frauen ab und möchte auch radikale Bestimmungen entschärfen, da mit Widerstand der Bevölkerung rechnete.
- Die Reichstagsmehrheit lehnt Militarisierung der Arbeitswelt ab und verwässert daher das Gesetz in langwierigen Beratungen. Zwangsverpflichtung von Frauen hat keine Chance. Gewerkschaften erhakten Mitspracherecht bei Durchführungsmaßnahmen. Zum ersten Mal in deutscher Geschichte erhalten die Gewerkschaften das Recht zur Aushandlung von Tarifverträgen.

Auf dieser Grundlage verabschiedet Reichstag am 2. Dezember 1916 das „Hilfsdienstgesetz“. Es hatte sich gezeigt, dass mit den zivilen Institutionen im Reich noch immer zu rechnen war. Die OHL konnte keinesfalls schalten und walten, wie sie wollte. Ludendorff grollte. Das Tuch zwischen ihm und Bethmann war zerschnitten.

Das „Hindenburgprogramm“ und das „Hilfsdienstgesetz“ brachten zwar einige Fortschritte in der Kriegsproduktion, doch insgesamt blieb ihr Erfolg mässig. Die ehrgeizigen Produktionsziele konnten nicht annähernd erreicht werden. Das hatte mehrere Gründe:

- Die Rohstoffknappheit liess sich nicht aus der Welt schaffen.
- Viele Unternehmer waren nicht bereit sich dem Diktat der Militärs zu unterwerfen und fanden zahlreiche Wege, um die Gesetzesbestimmungen zu umgehen.
- Die Arbeiterschaft war zunehmend erschöpft und entkräftet. Der spätestens ab Winter 1917 schleichende Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung beeinträchtigte Kriegsproduktion massiv.
- Angesichts der schlechten Lebensverhältnisse regte sich in der Arbeiterschaft aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung zunehmend Widerstand gegen die Totalisierung der Arbeitsbedingungen. Es kam zu Streiks und Protestaktionen.

Demgegenüber waren die Behörden recht machtlos. Die deutsche Führung beruhte weniger als etwa die britische auf einem gesellschaftlichen Konsenz. In Grossbritannien bestand für die Kriegsdauer eine Allparteienkoalition unter Einschluss der Labour Party, welche der Regierung und den Militärs den Rücken freihielt. Widerstand gegen dieses Machtkartell war hoffnungslos. Im Deutschen Reich waren die Machtverhältnisse zu viel komplexer. Der Kaiser, die zivile Regierung und die militärische Führung zogen keineswegs an einem Strang. Ihr Verhältnis untereinander war vielmehr von Intrigen und Machtkämpfen geprägt. Der Reichstag machte seinen Einfluss geltend und begann die Konservativen zu isolieren und die Sozialdemokraten allmählich zu integrieren. Allerdings hatten sich die Sozialdemokraten über das Für und Wider des Krieges gespalten. In der Arbeiterschaft gärte es daher. Andererseits verlangten immer mehr Staatsbürger als Gegenleistung für die Kriegsanstrengungen die volle Gleichberechtigung. Das preußische Dreiklassenwahlrecht etwa stand dem entgegen. Die Verfassungskompromisse von 1871 hatten ein wackliges System entstehen lassen, das den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprach.

Ein hartes Durchgreifen war unter diesen Umständen gefährlich und konnte eine Explosion auslösen. Deshalb sahen sich die Behörden gezwungen, behutsam gegen zivilen Widerstand vorzugehen aber auch auf die Interessen der Lobbies Rücksicht zu nehmen. So fehlte denn dem Bestreben nach totaler Mobilisierung die Kraft zum radikalen Durchgreifen. Wenn Ludendorff den totalen Krieg verwirklichen wollte, so scheiterte er an den realen Machtverhältnissen im Kaiserreich. Darüber hat er sich später immer wieder bitterlich beklagt.

Zwar gelang es ihm im Sommer 1917 mit Hilfe des Reichstages den

verhassten Bethmann zu stürzen und danach nur noch schwache Kanzler zu installieren. Doch der Einfluss des Reichstags nahm weiter zu, während die zivilen Diplomaten etwa bei den Verhandlungen von Brest Litowsk keineswegs nach der Pfeife der Militärs tanzten. Auch wenn die Macht des Generalquartiermeisters der Armee zweifellos gross war. Zu einer Diktatur hat es nie gereicht. Dafür war das System des Kaiserreiches zu vielschichtig.

2. Der Druck im Kessel steigt

In DR erhebliches Absinken der Reallöhne bis 1918: bis auf 64 % für Männer und bis auf 62% für Frauen. Folge: Wachsende Verelendung, verschlimmert durch Lebensmittelknappheit, Schwäche, Hunger, Krankheit, Verschärfung der Arbeitsbedingungen.

So berichtete ein Werkzeugschleifer aus Berliner Rüstungsbetrieb 1917:

“ Die Arbeitsverhältnisse waren so, wie sie im Frühkapitalismus gewesen sein mögen. Immer war ‘etwas los’. Besonders in den Nachtschichten. Keine Nacht ohne Zusammenbruch einer oder mehrerer Frauen an den Maschinen, infolge Erschöpfung, Hunger, Krankheit. Stundenlang standen Maschinenreihen still, weil Transmissionsriemen gerissen waren, mal fehlte Material, dann fehlte Werkzeug. An manchen Tagen im Winter wurde nicht geheizt, die Arbeiter standen in Gruppen herum, sie konnten und wollten nicht arbeiten. In der Kantine gab es zwölfmal in der Woche, mittags und mittenachts, Kohlrüben; manchmal mit, meistens ohne Kartoffeln. In der Kantine kam es fast täglich zu Schreianfällen von Frauen, manchmal auch zu deprimierenden Schlägereien untereinander, weil angeblich ‘die Kelle nicht gefüllt’ war.”

Hinzu kamen vor allem 1917/18 Kohleknappheit für privaten Verbrauch, extrem hohe Preise für Kleidung und Schuhe. Auch Mittelschichten werden in Sog der Verelendung hineingezogen und radikalisiert nach links.

Dem stand Wohlstand unter Unternehmern, Großagrariern, Kriegsgewinnlern und Schiebern gegenüber. Lebensstandard der oberen Schichten durch Krieg kaum berührt, da sie ihre Bedürfnisse auf Schwarzmarkt decken konnten.

So berichtete das Erste Stellvertretende Generalkommando in Berlin im Juli 1918:

“ Die Vergnügungstätten aller Art sind überfüllt, gerade die besseren Plätze tagelang vorausbestellt. Vor den Kassenschaltern stehen

mehrfach am Tage lange Reihen. Die Züge nach den Ostseebädern sind trotz erhöhter Fahrpreise voll bestetzt.”

Von dort kamen empörte Berichte über

“... den z.T. lärmende Geschäftsstrudel, der sich in Schlemmereien, unwürdigem Benehmen am Strande und in den Badeanstalten, auffälligen Toiletten der mehr oder minder leichtsinnigen Frauenwelt kundgab.”

Diese brutale Ungleichheit, die durch die Sorge um das Schicksal der Verwandten an den Fronten noch krasser erschien, erzeugte regelrechten Klassenhaß. Folge: Massenstreiks und Unruhen. Allein in Berlin traten im April 1917 200.000 Rüstungsarbeiter in den Ausstand. Winter 1918: 400.000.

Einzige Antwort der OHL, öffentlicher Erlaß Wilhelm Groeners:

“ Wer jetzt streikt, ist ein Hundsfocht!”

In dieser explosiven Situation entscheidend, ob Systems des Kaiserreichs reformfähig und -willig.

Bei Kriegsausbruch Mehrheit der SPD zur Mitarbeit bereit (Kriegskredite etc.). Burgfrieden (W II.: “Ich kenne keine Parteien mehr , ich kenne nur noch Deutsche!”), Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften durch Militärbehörden gefördert.

Doch SPD erwartet Reformen im Gegenzug:

- Sozis sollen endlich Offize werden können (Eduard David).
- Abschaffung des Preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Aber OHL, Kons. und Aldeutsche wollen allein Erhalt des inneren Status quo. Mit Hilfe der 3. OHL (Ludendorff) Blockade jeder Reform.

1916, Bildung des “Interfraktionellen Ausschusses” im RT (Weimarer Koalition) zur Durchsetzung von Verfassungsreformen. Doch RK Bethmann Hollweg (an sich willig) konnte sich in dieser Hinsicht weder bei der OHL noch beim Kaiser durchsetzen.

Erst im Oktober 1918 Reform des Dreiklassenwahlrechts angekündigt.

Einfache Leute bekamen auf diese Weise demonstriert, daß hier eine Klassengesellschaft Krieg führte, zu der sie nur als Untertanen und als Kanonenfutter zugelassen wurden. SPD (nicht wie in GB an Regierung beteiligt und erfolglos bei Reformwünschen) geriet dadurch unter Druck der Radikalen in USPD und um Liebknecht-Luxemburg. Den Ansätzen zur totalen Kriegführung standen somit nicht die notwendigen Reformen in Richtung auf

mehr Partizipation gegenüber. Volkskrieg ohne politische Gleichberechtigung des Volkes schuf eine zunehmend revolutionäre Situation.

Allein Siegmeldungen von den Fronten hielten 1917/18 die Heimatfront noch zusammen. Ihr Ausbleiben bedrohte das DR mit Katastrophe.

3. Revolution

Bereits im Januar 1918 brachen in DR Massenstreiks aus. Vorbild der russ. Oktoberrevolution, Fortsetzung des Krieges durch OHL und unerträgliche Lebensbedingungen bei gleichzeitiger Reformverweigerung der Führung trieben Hunderttausende in Ausstand. Allein in Berlin streikten über 400.000 Arbeiter. Doch MSPD (Ebert) beschwichtigte und Militärbehörden schritten mit Härte ein. Die Streiks brachen zusammen.

Im Frühsommer keine weiteren Unruhen im DR, denn letzte große Offensiven der Mittelmächte absorbierten Aufmerksamkeit und gaben Hoffnung auf siegreiches Ende. Doch militärische Wende im Juli/August bedeutete böses Erwachen, zumal Ö-U, Bulgarien und Osmanisches Reich am Ende.

Sich abzeichnender Verlust der letzten Bündnispartner beschleunigte auch Entwicklung im DR.

Nach Niederlagen im Juli/August begann innerhalb der Führung Diskussion um Suche nach Ausweg.

- W II., unter Druck von Wirtschaftskreisen (Ballin, Stinnes), will Verhandlungen mit Wilson und innere Reformen.
- RK Hertling will noch einen militärischen Erfolg abwarten, um bessere Verhandlungsgrundlage zu haben.
- OHL (Ludendorff) lehnt Reformen, Verhandlungen und Herausgabe Belgiens zunächst strikt ab.]

Doch feindliche Armeen rückten langsam und stetig vor, im Innern drohte allmählich Revolution. Deshalb:

29. September 1918, Spa, Kronratssitzung mit W II., OHL, SS-AA v. Hintze. Hintze schlägt sofortige Verhandlungen mit Wilson vor und Revolution von oben, um "Belastung von mehr Schultern mit der Verantwortung für den Ausgang des Krieges" zu erreichen.

RK Hertling (nicht anwesend) wird "zurückgetreten". Badischer Thronfolger Prinz Max wird neuer RK. Bekannt als Liberaler. Er nimmt Vertreter der RT-Parteien (auch Ebert und Scheidemann) in Kabinett auf.

OHL nunmehr einverstanden, zumal Schuld für Niederlage und Verwaltung der

Katastrophe der RT-Mehrheit und einer parlamentarischen Regierung überlassen werden sollte. Begründung Ludendorffs laut den Aufzeichnungen des Offiziers Albrecht v. Thaer:

„Die OHL und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidbar bevor. Bulgarien sei abgefallen. Österreich und die Türkei, am Ende der Kräfte, würden wohl bald folgen. Unsere eigene Armee sei leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen sei *kein* Verlaß mehr. Seit dem 8. 8. Sei es rapide abwärts gegangen. Fortgesetzt erwiesen Truppenteile sich so unzuverlässig, dass sie beschleunigt aus der Front gezogen werden müssten. Würden sie von noch kampfwilligen Truppen abgelöst, so würden sie diese mit dem Rufe „streikbrecher“ empfangen und auffordern, nicht mehr zu kämpfen. *Er* könnte nicht mit Divisionen operieren, auf die kein Verlaß mehr sei. So sei vor auszusehen, dass dem Feinde schon in nächster Zeit mit Hilfe der kampffreudigen Amerikaner ein *grosser* Sieg, ein *Durchbruch in ganz grossem Stile* gelingen werde, dann werde dieses Westheer den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen. Diese Katastrophe *müsse* unbedingt vermieden werden.“

Unter diesen Umständen habe er den Kaiser „*gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind. Die sollen nun den Frieden schliessen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!*“ (Gutsche/Klein/Petzold, Der Erste Weltkrieg, Köln 1985, S. 269)

Das war eine klare Ansage: Ludendorff begann bereits damit an der Dolchstosslegende zu stricken.

Am 12. Oktober nahm Regierung Notenwechsel mit Präsident Wilson auf, um auf Grundlage der 14 Punkte Waffenstillstand zu erreichen. Wilson zur Vermittlung grundsätzlich bereit. Doch er stellte Legitimität der Regierung infrage und verlangte ziemlich unverholen die Abdankung des Kaisers, sowie

die Bildung einer demokratischen Regierung. OHL empört, will nun doch weiterkämpfen.

25. Oktober, Ludendorff erklärt in Tagesbefehl an Truppe ohne Wissen des Kaisers Waffenstillstandsvorbedingungen für unannehmbar und kündigt Fortsetzung des Kampfes an.

27. Oktober, Ludendorff daraufhin vom Kaiser zum Rücktritt gezwungen und durch Groener ersetzt. L. erleidet Nervenzusammenbruch und kommt in psychiatrische Behandlung.

5. November: Lansing kablet nach Berlin Bereitschaft zu Waffenstillstandsverhandlungen auf Grundlage der 14 Punkte. Verhandlungsführer der Entente: Marschall Foch.

Reichsregierung inzwischen auch dazu bereit, denn es droht Revolution:

Am 21. Oktober hatte nämlich der Chef der Admiralität Scheer dem Flottenchef Hipper befohlen, Vorbereitungen zum Auslaufen der Hochseeflotte für den Endkampf gegen die Royal Navy zu treffen. Die Flotte soll "in Ehren" untergehen. Doch Matrosen in Wilhelmshafen reagierten mit Meutereien. Massenverhaftungen. Verlegung eines Geschwaders nach Kiel.

3./4. November: In Kiel schlagen Meutereien in Massendemos, Verbrüderung mit Arbeitern, Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten um: Revolution hat begonnen.

9. November: Revolution greift nach Berlin über, RK tritt zurück, Rat der Volksbeauftragten (MSPD-USPD) übernimmt Regierung, Scheidemann ruft Republik aus, Liebknecht ruft Sozialistische Republik aus.

Im Großen Hauptquartier in Spa werden fieberhafte Überlegungen angestellt, ob Revolution militärisch niedergeschlagen werden kann. Doch Truppen nicht mehr zuverlässig. Sogar Garde verweigert Gehorsam.

W II. dankt deshalb als Kaiser ab und flieht am 10. November nach Niederlande, wo ihn ein völlig überraschter Grenzposten eine Stunde warten läßt, bevor Regierung Einreise erlaubt.

11. November: Dte Delegation unterzeichnet. Bedingungen in Umrissen:

- Abzug aus besetzten Gebieten, ohne Zerstörungen zu hinterlassen binnen 15 Tagen.

- Übergabe Elsaß-Lothringens an F.

- Weiterer Rückzug hinter Rhein. Alliierte besetzen westrheinische Gebiete und

Brückenköpfe Mainz, Koblenz, Köln.

- DR muß 5.000 Kanonen, 25.000 MGs, 3.000 Minenwerfer, 1.700 Flugzeuge, 5.000 LKWs, 5.000 Loks, 150.000 Eisenbahnwagen übergeben.
- Alle U-Boote und fast gesamte Hochseeflotte ausliefern.
- Verzicht auf Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
- Die Truppen im Osten bleiben, solange es Entente will.
- Blockade bleibt bestehen.

DR damit kampfunfähig, gleichzeitig werden Friedensbedingungen in Umrissen deutlich: erhebliche Beschneidung des deutschen Großmachtstatus.

Waffenruhe tritt am 11. 11. um 11 Uhr in Kraft (beinahe karnevalistisch).

Damit endete auch die Geschichte des Deutschen Kaiserreiches.